

Vergangenheit und Gegenwart – eine Zeitreise

Anlässlich eines Jahreswechsels ertappt man sich, dass man zurückschaut auf das Gewesene und – je älter man wird – gehen die Gedanken auch 50 Jahre oder gar 70 Jahre zurück. Dadurch ergeben sich interessante Vergleiche, auch ohne darin zu schwelgen: „früher war alles besser“. Diese Vergleiche kann der geneigte Leser gern selbst anstellen. Meinem Vergleich gilt nur der Versuch einer sachlichen Gegenüberstellung.

Wertstellung

Also fangen wir ganz einfach einmal bei den Sonn- und Feiertagen an, denn diese hatten wir in den letzten Wochen sehr reichlich. Besonders an diesen Tagen fällt ein Wandel auf, hin zum Profanen, denn auch kurz nach dem 2. Weltkrieg, so um 1948, war es an Sonn- und Feiertagen üblich, dass man sich schick anzog. Er zog den guten Anzug an und die guten Schuhe, sie zog das gute Kleid an. Selbst die alte Tante oder Großmutter, die Wochentags stets in einem bunten Kittel herum lief – am Sonntag wurde ein Kleid angezogen und darüber kam eine stets saubere weiße Schürze.

Man würdigte den „arbeitsfreien Feiertag“ bewusst. Das war damals in ganz Deutschland gleich, im Osten, in der SBZ (sowjetisch besetzte Zone, auch kurz Ostzone genannt) genauso wie hier im „freien“ Westen.

In den folgenden 20 bis 30 Jahren wurde hier im Westen daraus förmlich ein „Schaulaufen“ man zeigte, was man sich leisten konnte und man war besonders stolz darauf, auf das, was man sich angeschafft hatte.

Wer dann hier gar in die Oper, oder ins Theater ging, legte noch einen drauf, die Damen erschienen in langer Robe, die Herren im schwarzen Anzug mit am Hals geknüpfter Fliege. Diese Wertstellung strahlte hier im Westen sogar in die Arbeitswelt aus. Wer es im Beruf zu etwas gebracht hatte, gar etwas mehr verdiente zeigte das durch seine Kleidung – unter manchem grauen oder weißen Kittel blitzte immer öfter eine Krawatte hervor, das Auto für den Sonntagsausflug wurde immer größer, man fühlte sich besonders aufgewertet Mitglied in einer bestimmten Ersatzkrankenkasse sein zu dürfen.

Jetzt 50 bis 70 Jahre später fragt man sich, wie hat sich die Wertevorstellung in unserem inzwischen wiedervereinigten Land geändert? In der Arbeitswelt bestimmen Arbeitsschutz-, oder Hygieneschutzbestimmungen welche Kleidung man trägt oder tragen darf.

Im klassischen Konzert beobachtet man Zuhörer, die nach Ende eines Konzertes frenetisch Applaudieren aber im oben offenem Sporthemd und mit Jeanshose im Zuhörerraum sitzen. Ob wir einen Sonn- oder Feiertag haben, oder ob es ein gewöhnlicher Arbeitstag ist, aus bestimmten Wertevorstellung heraus werden diese Tage nicht mehr beachtet. Außerdem, man schaue sich doch auch einmal in einer Sitzung des Velberter Stadtrates um, um fest zu stellen, wer und wie man dem hohen Hause, dass letztlich die Geschicke einer ganzen Stadt lenkt, seine Wertevorstellung bekundet.

Im Osten Deutschlands verlief die Entwicklung der Wertevorstellung nach Gründung der DDR, dem ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden und spätestens nach dem Mauerbau, direkt anders. Es war verpönt persönliche Wertevorstellungen zu haben. Es zählte ausschließlich das Kollektiv. Gleichheit für alle war im real existierenden Sozialismus oberstes Gebot.

Lebenshaltung

Ein weiterer Vergleich scheint auch recht interessant zu sein. Als Metallfacharbeiter verdiente man hier im Westen vor etwa 60 Jahren so um 500 DM als Bruttolohn. In Langenberg etwas weniger, in Velbert schon etwas mehr. Bestimmt etwas mehr in Wuppertal oder gar in Düsseldorf. In Ostdeutschland lag der Lohn vergleichsweise bei 400 Mark.

Von dem Einkommen musste der Lebensunterhalt bestritten werden, was bei einem Single etwas einfacher war, bei einer Familie schon etwas schwieriger. Aber es klappte irgendwie. Für den Staat musste man für die Lohnsteuern und Sozialabgaben so über den Daumen gepeilt etwa 25 Prozent abzweigen. Für ein Brötchen bezahlte man damals fünf Pfennige. Das Briefporto lag bei einem Groschen. 60 Pfennig kosteten eine Straßenbahnfahrt von Langenberg bis nach Wuppertal. Wer sich einen PKW leisten konnte zahlte für einen Liter Normalbenzin ganze 35 Pfennig. OK – technische Geräte waren im Verhältnis ziemlich teuer. Aber Wohnungsmieten waren erschwinglich, zumal die Wohnungsausstattung sehr bescheiden und die Räumlichkeiten beschränkt waren. Teilweise lag der Preis für einen Quadratmeter Wohnraum unter einer DM. Die Umsatzsteuer lag bei sechs Prozent, ab 1968 lag sie dann bei zehn Prozent und heißt seitdem Mehrwertsteuer.

Und heute? Laut zugänglicher Statistik im Internet erhält ein Metallfacharbeiter jetzt monatlich etwa 3.500 bis 4.000 Euro als Bruttolohn, also viel mehr als das 10-fache wie vor 60 Jahren. Für Lohnsteuern und Sozialabgaben sind über 40 Prozent an den Staat und vom Staat zugelassene Institutionen abzuführen. Für ein Brötchen zahlt man bis zu 30 Cent. Das Briefporto liegt bei 70 Cent. Die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Langenberg bis nach Wuppertal kostet mehr als 5 Euro. Das gebräuchlichste Benzin für Autos kostet zwischen 1,30 und 1,40 Euro. Wohnungsmieten sind enorm gestiegen, zusätzlich aber auch der Wohnkomfort. Die Mehrwertsteuer beträgt zurzeit 19 Prozent.

Alle Beträge – Einnahmen genauso wie Ausgaben – sind gestiegen. Die einen mehr, die anderen weniger. Nur wem haben diese horrenden Steigerungen eigentlich genutzt? Den fleißigen Arbeitnehmern eigentlich nicht. Real bekommen sie zwar mehr Geld für ihre geleistete Arbeit, haben aber auch mehr oder höhere Ausgaben.

Sich zum Beispiel Eigentum anzuschaffen, um damit fürs Alter vorzusorgen, funktioniert heute genauso wenig, wie vor 60 Jahren, ohne der Mithilfe einer Ehefrau oder eines Partners.

Wie es aussieht, hat sich aber einer bereichert, unser Staat und das nicht nur real, sondern besonders prozentual. Bekam der Staat damals vor 60 Jahren etwa 30 Prozent vom Erwirtschafteten eines Arbeitnehmers durch festgesetzte Steuern und Sozialabgaben, so sind es heute über 60 Prozent.

Jährlich wird vom Bund der Steuerzahler ein Gedenktag benannt, der irgendwann im Juli liegt und den Zeitpunkt markiert, ab dem ein Arbeitnehmer bis zum Jahresende für sich persönlich arbeiten kann. Das vom 1. Januar bis dahin erwirtschaftete musste für Steuern und Sozialabgaben an den Staat und seine Institutionen abgeführt werden.

Nur wie geht der Staat mit dem, den fleißigen Arbeitnehmern, in derzeit nie dagewesenen Mengen abgenommenen Geldes um?

Orientiert man sich in den Medien, so wird immer öfter beklagt, dass die Kinderarmut, aber auch die Altersarmut bedrohlich zu nimmt. Immer öfter sind bestimmte Bevölkerungsgruppen auf die Tafeln angewiesen, die es früher vor 100 Jahren schon einmal gab und damals noch „öffentliche Suppenküchen“ hießen.

Andererseits wird Deutschland seitens der linken Politik als überaus reiches Land deklariert und aufgefordert mehr für Flüchtlinge zu tun, die zu Hauf von Afrika und aus Nahost nach Europa und besonders nach Deutschland drängen.

Dabei wird überhaupt nicht auf die ebenfalls vom Bund der Steuerzahler installierte Schuldenuhr geschaut, die dank äußerst guter wirtschaftlicher Voraussetzungen derzeit rückwärts läuft, aber immer noch nahezu 2 Billionen Euro Schulden, welche Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam bei den Banken haben, anzeigt. Zwei Billionen ist eine Zahl mit einer zwei am Anfang und zwölf Nullen dahinter.

Unser Energieproblem

In einem dritten Abschnitt möchte ich mich noch an die Problematik mit der Energie, insbesondere an elektrischen Strom erinnern.

Als Kind wuchs man ohne nachzudenken mit der modernen Technik auf, bis man merkte, wie kostbar elektrischer Strom eigentlich ist, wenn man ihn nicht hat. Und das nicht Haben hing wieder mit dem Ende des zweiten Weltkrieges vor 73 Jahren zusammen.

Die Ressourcen an Kohle, aus denen damals fast ausschließlich elektrischer Strom gewonnen wurde waren äußerst knapp. Deshalb musste Strom gespart werden, in dem man ihn einfach an den zentralen Schaltstellen abschaltete.

In den dunklen Wintermonaten, pünktlich so gegen 17:00 Uhr ging überall in den Städten und Dörfern das Licht aus und nach drei bis vier Stunden wieder an, egal ob an Werktagen oder sonntags.

Hier in den von den westlichen Alliierten besetzten Zonen, waren es nur wenige Jahre bis sich die Energieversorgung entspannte, in der Ostzone hingegen dauerten die Stromsperrungen bis in die 50er Jahre hinein an.

Nur eins war damals hier wie dort bemerkenswert, der Ideenreichtum, mit denen sich die Menschen selbst zu helfen versuchten, um Licht ins Dunkel zu bringen. Dazu nutzte man zu nächst einmal Kerzen, ganz sparsame Leute hatten ein so genanntes Hindenburglicht. Das war eine kleine unbrennbare Schale, in die man einen Docht klemmte und mit Resten von Kerzenwachs auffüllte. Eine Füllung reichte um etwa zwei Stunden Licht zu haben. Die altbekannte Petroleumlampe kam zum Einsatz, aber auch Karbidlampen. Wer es sich leisten konnte hatte eine moderne Benzinlampe, in der Benzin in einem integrierten Behälter unter Druck gesetzt wurde, welches dann über eine Düse zerstäubt in einem Leuchtstrumpf nach dem entzünden regulierbar auch sehr helles Licht erzeugte.

Eine weitere Erinnerung betrifft die Zeit vor etwa 50 Jahren. Die Zeit als man anfangs mittels Atomreaktoren elektrischen Strom zu erzeugen. Auf einmal war Strom im Überfluss vorhanden obwohl die privaten Haushalte immer moderner wurden und durch den Einsatz von Elektrogeräten, immer mehr Energie benötigten, bzw. in der Industrie immer mehr und größere Maschinen angeschafft wurden.

Überkapazitäten an Strom wurden den Gesetzen des Marktes folgend verbilligt abgegeben. Nachtstrom kostete damals pro Kilowattstunde unter vier Pfennig. Normaler Strom im Tagesverbrauch lag bei acht Pfennig. In der Folgezeit wurden Großverbraucher von elektrischem Strom geächtet, weil sie eine Energieform ge- oder verbrauchten, die sehr zentral erzeugt wurde, aber auf dem Weg zur Verbrauchsstelle über lange Stromleitungen in ihrer Wirksamkeit viel Energie verlieren würde.

Heute, 50 Jahre später, haben wir die Zeit der Energiewende. Elektrischer Strom soll in naher Zukunft nicht mehr durch fossile Brennstoffe oder mittels Atomreaktoren erzeugt

werden. Nur noch erneuerbare Energie wird favorisiert und soll über kilometerlange Stromtrassen zum Verbraucher geführt werden, denn „Sonne und Wind stellen ja keine Rechnung“.

So einfach wird es dargestellt, nur wie sieht die Wirklichkeit aus? Unterstellen wir, dass genügend technische Geräte zur Verfügung stehen mit ausreichender Dauerhaftigkeit, trotzdem werden wir damit nur Flatterstrom erzeugen. Das heißt: der Wind weht mal kräftiger, mal weniger und vielleicht auch einmal gar nicht. Ähnlich sieht es mit der Sonne aus. Am Tag scheint die Sonne einmal länger oder kürzer, in der Nacht überhaupt nicht. Man braucht also Energiepuffer. Jedoch Energiepuffer, die nicht nur für Minuten, sondern für sehr lange Perioden ausreichend sind. Fachleute wissen das, aber wohl nicht Ideologen. Gewissenhafte Fachleute beginnen eine neue Technik auch dann erst einzusetzen und die alte Technik abzuschalten, wenn die neue Technik vollumfänglich erfolgreich ihre Tests bestanden hat.

Das dem aber wohl noch lange nicht so ist, konnte man in der Presse am 2. Januar lesen. Dort wird berichtet: „Der Ausbau der erneuerbaren Energie setzt das deutsche Stromnetz immer stärker unter Druck. Der Stromnetzbetreiber Tennet, der das Netzgebiet zwischen Nord- und Süddeutschland betreibt musste deshalb in 2017 für Noteingriffe fast eine Milliarde Euro aufwenden, um das Netz stabil zu halten“.

Das heißt zum Beispiel auch, dass ein zeitweise zu viel an Strom wie auch immer entsorgt werden musste, denn es gibt ja keine entsprechenden Speicher. Dass die „Entsorgungskosten“ den Stromkunden zusätzlich aufgebürdet werden, ist obligatorisch.

Ich hoffe, dass ich ein wenig zum Nachdenken anregen konnte. Wer die Zeit vor 70 Jahren miterlebt hat, sollte eigentlich nichts mehr erschüttern können. Wer die Stromsperrern kennt, kann sich noch erinnern, wie damals das Leben stehen geblieben ist. Reine Handarbeit, auf ganzer Linie war angesagt und das stelle man sich einmal im Zeitalter des Computers und der Digitalisierung vor.

Velbert 5. Januar 2018
Dietger Döhle

Ein Blick in die nahe Zukunft

Bereits das Jahr 2017 markierte den Zeitpunkt, ab welchem die zweite Hälfte der Legislaturperiode für die derzeitigen Stadträte in den Städten und Gemeinden von NRW begonnen hatte.

Obwohl bis zum Jahr 2020, dem Jahr der nächsten Kommunalwahlen, immer noch ein langer Zeitraum besteht, ist es doch jetzt schon einmal angebracht, zwei Dinge in Überlegungen einzubeziehen die, dann wenn die Wahlen ganz plötzlich anstehen, den Parteien, besonders hier in Velbert, großes Kopfzerbrechen machen werden.

Die Rede ist einerseits von der geplanten Verkleinerung des Velberter Stadtrates und andererseits einer nötigen Änderung der Bürgerentscheid-Satzung unserer Stadt. Beides hängt irgendwie mit einander zusammen.

Kommunalwahlen

Wie bekannt ist, besteht der Stadtrat zurzeit aus 50 Personen, die direkt, bzw. über die Liste gewählt wurden, plus 12 Personen, die mittels Überhangmandates in den Rat eingezogen sind und sollte, so ist die Überlegung in der Stadtverwaltung, verkleinert werden. Verkleinert dadurch, dass für kommende Kommunalwahlen weniger Wahlbezirke, dafür aber größere installiert werden sollen.

Obwohl alles im Moment noch nicht öffentlich diskutiert wird aber auch noch nicht wieder abgeblasen wurde und wenn man schon einmal etwas über vorgenanntes Thema nachdenkt, kommt man zu dem Ergebnis, solange die kommunale Wahlgesetzgebung nicht grundlegend verändert wird, (dafür ist aber der Landtag zuständig) bringt eine Reduzierung der örtlichen Wahlbezirke allein überhaupt nichts. Theoretisch ist das Kontingent von Überhangmandaten, welche den Velberter Stadtrat derzeit um gut 20 Prozent aufgeblasen hat, nach jetzigem Verfahren, noch lange nicht ausgeschöpft und könnte selbst nach Reduzierung von nur wenigen Wahlbezirken sogar noch steigen.

Ja und dann stellt sich die Frage: „Wem nützt eine Verkleinerung des Stadtrates“?

Im ersten Moment denkt man an die Kosten, welche die Stadt einsparen könnte. Aber bei einem jährlichen Haushaltsvolumen von 190 Millionen Euro, welche nennenswerten Einsparungen unter 5.000 Euro wären dann angemessen Erwähnung zu finden?

Eine Reduzierung der Wahllokale analog dem Wegfall von Wahlbezirken wäre für die Wähler auch fatal, denn die wahlberechtigten Bürger sind ja nicht weniger geworden. Sie müssten möglicherweise dann längere Wege zum Wahllokal und längere Wartezeiten im Wahllokal in Kauf nehmen.

Nützt also eine Verringerung des Stadtrates den Velberter Bürgern?

– Eigentlich nicht.

Nützt es den Parteien und Wählergemeinschaften?

– Eigentlich auch nicht, denn Fraktionszuwendungen der Stadt sind nicht abhängig von der Anzahl der Fraktions- oder Ratsmitglieder einer Partei, sondern von der prozentualen Zustimmung, welche die Bürger bei der Kommunalwahl den Parteien zuteilwerden lassen.

So bleiben nur moralische, bestenfalls ideologische Gründe oder aber taktische Überlegungen übrig, um eine Verkleinerung des Stadtrates rechtfertigen zu können. Nur, das wird von keinem Landesgesetz gefordert.

Bürgerentscheid

Zurzeit steht hier zwar kein Bürgerentscheid an, aber auch dieser unterliegt Gesetzen und Bestimmungen, wobei Letztere besonders in Velbert einer Überarbeitung bedürfen. Denn Velbert steht mindestens in NRW, wenn nicht gar in ganz Deutschland, im Ruf die bürgerunfreundlichste kommunale Bürgerentscheid-Satzung zu haben.

Wer sich die Mühe macht und die am 10.01.2011 geänderte Fassung der [„Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden“](#) liest, erfährt z.B. in §2 und §19 wie die damalige Ratsmehrheit im Velberter Stadtrat dafür gestimmt hat, bei Bürgerentscheiden die abstimmenden Bürger zu behindern. Denn stellt die Stadt bei normalen Wahlen den wahlberechtigten Bürgern in manchen Wahlbezirken abhängig von der Anzahl der Wahlberechtigten innerhalb des Wahlbezirks mehrere Wahllokale zur Verfügung, bestimmt die Bürgerentscheid-Satzung, dass je Abstimmbezirk nur ein Abstimmlokal zur Verfügung zu stellen ist. Sollten Wahlen und Bürgerentscheid am selben Tag stattfinden, dürfen Wahlen

und Abstimmung nicht im gleichen Raum erfolgen. Wahlvorstand und Abstimmungsvorstand dürfen nicht in Personalunion fungieren. Auch das wird in keinem Gesetz so gefordert, nur in Velbert ist es allein auf kommunaler Ebene so beschlossen worden.

Was hat das Ganze dann schließlich mit der Verkleinerung des Stadtrates zu tun? Nun ganz einfach, wenn bei derzeit 25 bestehenden Wahlbezirken analog für einen Bürgerentscheid nur 25 Abstimmlokale zur Verfügung gestellt werden, die definitiv viel zu wenige sind, wird eine erneute Verringerung der Abstimmlokale für die abstimmenden Bürger zu noch mehr Behinderungen, durch längere Hinwege zum und längere Wartezeiten im Abstimmlokal, führen.

Dass zwischen einem Wahllokal und Abstimmlokal mehrere Kilometer Entfernung liegen können, sollen die Bürger laut derzeitiger Satzung einfach so hinnehmen, genauso dass sich bei einem Bürgerentscheid 2.500 Bürger in einem Abstimmlokal drängeln müssen wird erwartet.

Zusätzlich sollte man bedenken, dass ein Abstimmungsvorstand im äußersten Falle 10 Stunden lang ununterbrochen alle 15 Sekunden eine Entscheidung treffen muss, ob ein Bürger stimmberechtigt ist, kann wirklich nicht billigend in Kauf genommen werden.

Wenn die letzten drei Argumentationen ein wenig auf die theoretische Spitze getrieben wurden, so sollte man doch immer an die Bürger denken und diese bei Wahlen und Bürgerentscheiden nicht vor unnötige Hürden stellen.

Ob vor den nächsten Kommunalwahlen noch über die Verkleinerung des Stadtrates nachgedacht wird, muss abgewartet werden. Dass die örtliche Bürgerentscheid-Satzung dringend geändert werden muss, sollte aber nicht infrage gestellt werden.

Dietger Döhle
Velbert 07.02.2018

Was ist Paradox?

Bereits als Kinder machten wir uns lustig über eine solche Frage und beantworteten sie mit dem Gleichnis: „Wenn eine Person die Kellertreppe emporsteigt und aus vollem Hals das Lied singt, vom Himmel hoch, da komm ich her“ – das ist Paradox.

Aber in allem Ernst, bereits als Kinder wussten wir damals schon, was sich widersprechende Handlungen und Meinungen sind und man persönlich versuchte sie zu vermeiden, denn sonst war man sich des Hohngelächters sicher – eine Schande.

Und heute? Im Alter meint man immer mehr von Paradoxien umgeben zu sein – und niemand lacht darüber, oder fühlt sich ertappt.

Übrigens, das Wort Paradox oder Paradoxon, Paradoxie, Paradoxa, kommt aus dem Griechischen. Der Wortteil „Para“ entspricht dem Lateinischen „Contra“ oder dem Deutschen wider, falsch, neben. Der zweite Wortteil „doxa“ bedeutet so viel wie „Meinung“, wirkliche oder scheinbar widersinnige Behauptung, scheinbare oder wirkliche Widersinnigkeit.

Wie wir merken, beschreibt das Wort Paradox überhaupt nicht eindeutig, dass etwas vollkommen falsch ist, sondern dass es auch nur scheinbar falsch sein kann. Und als ein Beispiel für eine scheinbare Widersinnigkeit gleich eine Weisheit von dem schottischen Dichter Walter Scott: „Wenn ein Mensch keinen Grund hat, etwas zu tun, so hat er einen Grund, es nicht zu tun“.

Als rhetorische Paradoxa bezeichnet man die Weisheit: „Weniger ist mehr“ und nicht unbekannt ist ein logisches Paradoxon, das sogenannte Lügner-Paradox von Eubulides. In dem ein Lügner behauptet: „Dieser Satz ist falsch“ und der daraus folgenden Erkenntnis: „Eine solche Aussage ist wahr, wenn sie falsch ist und falsch, wenn sie wahr ist“.

Bei Wikipedia erfahren wir: „Gemeinsam ist allen Paradoxa der Widerspruch zwischen dem Behaupteten einerseits und den Erwartungen und Beurteilungen andererseits, die sich aus vertrauten Denkschemata, Vorurteilen, Gemeinplätzen, Mehrdeutigkeiten oder begrenzten Perspektiven als alltägliche Meinung ergeben“.

Nach Jean-Jacques Rousseau, dem Schweizer Schriftsteller und Philosoph sind Paradoxa Wahrheiten, die hundert Jahre zu früh erscheinen.

Paradoxien in der Politik

Gesellschaftliche Ideologien enthalten in der Praxis oft paradoxe Elemente, vor allem wenn sie mit absolut gesetzten Werten wie Freiheit oder Gleichheit operieren. So werden, um eine freiheitliche Ordnung aufrecht zu erhalten, Maßnahmen eingesetzt, die Freiheit total einschränken. Mit anderen Worten, in der Durchsetzung bestimmter Werte für die Zukunft, werden gleiche Werte in der Gegenwart geopfert.

Dabei wissen die politisch Verantwortlichen genau, dass menschlicher Verstand zu Trugschlüssen neigt oder Erkenntnisse nur ganz langsam reifen, manchmal viel zu spät. Wie ist es sonst möglich, dass in der Jetztzeit moderne Kriege von den Aggressoren stets als Verteidigungskriege begonnen werden und kaum jemand regt sich darüber auf.

Wahrscheinlich weil Angriff und Verteidigung durch ein und denselben Handelnden als Widerspruch aufgefasst werden und eine Widersinnigkeit, also ein Paradoxon sind.

Ein anderes Paradoxon erleben wir augenblicklich in Berlin.

Wahlen sind üblicherweise auch ein Maß dafür, wie die Politik einer Partei bei den Wählern ankommt und entsprechend hoch oder niedrig ist deren Zustimmung. Als normal denkender Mensch würde man jetzt erwarten, dass wenn die Zustimmung zu einer Partei abnimmt, ein Umdenken bei der Partei hin zum Wählerwunsch einsetzt, damit die Partei bei einer folgenden Wahl wieder besser von den Wählern angenommen wird. Aber weit gefehlt. Die nach den letzten Bundestagswahlen notwendig und bekannt gewordenen Ergebnisse der Sondierungsgespräche und Koalitionsvereinbarungen zwischen den Parteien, die jetzt wieder eine neue Regierung bilden, haben in der Gesamtheit immer noch die gleichen Ziele, eher ein mehr davon was vom Wähler abgelehnt wurde. Im Gegenteil, man unterstellt jetzt dem Wähler, nicht fähig zu sein das „richtig“ zu verstehen, was die Parteien eigentlich erreichen wollen. Oder mit anderen Worten, der Wählerwille, der Wille des Souveräns, ist vollkommen egal, auch wenn eine Partei in ihrem Bestand dadurch gefährdet ist, solange es eben reicht, um augenblicklich Macht ausüben zu können.

Wilhelm von Humboldt hatte diesbezüglich schon vor langer Zeit erkannt: „Gerade in der Geschichte der Menschheit sind die Extreme am nächsten mit einander verknüpft und jeder

äußere Zustand, wenn man ihn ungestört fortwirken lässt, arbeitet, statt sich zu verfestigen, an seinem Untergang“.

Auch mit den miteinander verknüpften Extremen befasst sich das folgende hoch brisante Paradoxon. Unterstellen wir dem Leser seine Zustimmung, dass in unserer Bundesrepublik zurzeit eine ausgesprochen „linkslastige“ Politik vorherrschend ist, im Gegensatz zu früher, als man großen Wert darauf legte stets „Politik der Mitte“ zu machen, erfährt man jetzt, dass „der Kampf gegen rechte Politik“ überall dringendes Gebot sei.

So stellt sich die Frage, ohne dass eine Bewertung eine politische Richtung erfolgt, weshalb kann man nicht, oder will man nicht erkennen, dass wenn sich eine herrschende Macht in eine bestimmte Richtung bewegt, dass die Gegenseite der Macht dann durch Belegung des freigewordenen Raums unwillkürlich größer wird. Es entwickelt sich auf der der Macht entgegen gesetzten Seite förmlich ein Vakuum, das automatisch aufgefüllt werden will. Man könnte auch von einem Naturgesetz sprechen. Oder wir könnten aber auch die Physik bemühen, denn im Physikunterricht haben wir gelernt: „Wo ein Körper ist (z. B. in der Mitte), kann kein zweiter sein“ und im Umkehrschluss: „Wo ein Körper entschwindet, wird ein anderer Körper seinen Platz einnehmen“. Das Paradoxon liegt hier also zwischen Ursache und Wirkung und dem nicht erkennen können, dass die Ursache (mehr linke Politik), eine unerwünschte Auswirkung (mehr Widerstand auf der Gegenseite, der sodann immer stärker und härter bekämpft werden muss) erzeugt. Da fragt man sich doch, haben wir es hier mit einer scheinbaren oder wirklichen Widersinnigkeit zu tun? Wir können gespannt sein, ob sich dieses Paradoxon auf demokratischem Weg einmal wieder auflösen lässt?

Gibt es auch Paradoxien in Velbert?

Eigentlich schon. Man braucht sich nur mit dem Thema Klimaschutz befassen. Dabei ist Velbert bemüht, spezielle Projekte zu entwickeln, denken wir an die angedachte „Klimasiedlung“. Nur es ist seit langem bekannt, dass ausgedehnte Vegetation auch im Zentrum der Städte die Klimabilanz verbessern hilft. Jedoch statt mehr Vegetation in die Stadt zu integrieren, in dem man Flächen er- und aufschließt, wo Bäume gepflanzt oder Hauswände begrünt werden können, stellt man fest, dass immer mehr Bäume in Velbert Mitte verschwinden. Bei Leuten nachgefragt, bei denen man meint, dass sie im Thema sind, da sie fleißig Flyer an Passanten verteilen, die über die städtischen Klimaaktivitäten informieren, wo denn Ersatzpflanzungen vorgenommen oder wenigstens geplant seien, erhält man nur ein Schulterzucken.

Andere Paradoxien erfahren wir durch unsere Stadtverwaltung in Bereichen die sich um Wirtschaftsförderung drehen. Seit Jahren ist die Rede davon, dass man die beiden kleineren Stadtteile Velberts, Langenberg und Neviges, durch Tourismus, Tagestourismus oder Nahtourismus, fördern will, damit diese Ortsteile aufgewertet und wirtschaftlich nicht ganz abgehängt werden. Jedoch bei der Umsetzung dieser Ziele werden die wichtigsten Voraussetzungen, die für die Gewinnung von Touristen notwendig sind, sogar noch abgebaut oder in erbärmlichem Zustand belassen. Denn statt von Fachleuten besetzte Service- und/oder Informationsbüros vor Ort vorzuhalten, wozu auch ansehnliche Toiletten gehören, wird alles nur Privatinitiativen überlassen.

Privatinitiativen sind es auch, die eine Stadt lebenswert machen und wenn diese Initiativen im gesellschaftlichen/wirtschaftlichen Raum durch ihren Erfolg dokumentieren, dass ein Bedarf an solchen von privat entwickelten „Events“ besteht und der Stadt auch keine zusätzlichen Kosten entstehen, so versteht man die Welt nicht mehr, wenn städtische

Abteilungen aufs äußerste bemüht sind, auch ihre Rechtsabteilungen beauftragen, um mit dem Aufbau bürokratischer Hürden und Argumenten, die nicht vom Gesetzgeber gefordert werden, aber als solche von den Sachbearbeitern eingesetzt werden, diese Initiativen zu unterbinden und sogar zu ahnden.

In allen drei zuletzt genannten Beispielen bestehen die Paradoxien darin, dass durch Politik oder Privatinitiative Aktionen angestoßen werden, welche für die Menschen unserer Stadt bestimmt vorteilhaft sind, von manchen städtischen Fachabteilungen auch begrüßt werden, die aber durch Inkompetenz anderer Stellen der Stadtverwaltung, indem nicht zu einem positiven Ende gedacht wird, letztlich zunichte gemacht werden.

Wem jetzt vor lauter Paradoxien der Kopf raucht, zum Schluss noch einmal etwas aus der Kindheit. Dort wurde uns die Biographie des Till Eulenspiegel bekannt gemacht. Eine Episode berichtete von den Wanderungen des Tills und dass er stets traurig und den Tränen nahe war, wenn es bergab ging und er aber fröhlich und frohgemut war, wenn er beschwerlich bergan stieg. Die Erklärung, die man uns mit lieferte für diese paradoxe Handlungsweise war nämlich, dass Till in der weisen Vorausschau wusste, dass es nach jedem Abstieg einen anstrengenden Aufstieg geben würde und das stimmte ihn traurig. Hingegen wusste er beim Aufstieg, dass es nach Erreichen der Bergkuppe auch wieder einen leichten Abstieg gab und das stimmte ihn dann fröhlich.

Wenn wir Handlung und Erklärung analysieren, kommen wir zu der Erkenntnis, dass hier doch eine scheinbare Widersinnigkeit vorliegt. Würden wir jedoch der Handlung eine andere Erklärung begeben, zum Beispiel, dass bevor es im Leben, nach einem selbst- oder unverschuldeten „Niedergang“, auch wieder freudig aufwärts geht, man also zunächst erst durch ein „tiefes Tal der Tränen“ durchmuss, so hätten wir es mit keinem Paradoxon zu tun, sondern mit einer Lebensweisheit.

Dietger Döhle
Velbert, 23.03.2018

Der Bürger auf dem Weg zum dauernden Bittsteller?

„Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit lang täuschen“.

Diese Worte werden dem 16. US-Präsidenten Abraham Lincoln zugesprochen.

Diese Worte könnten aber etwas abgewandelt auch auf die städtischen Bürger hier in Velbert in gleicher Weise zutreffen: „Man kann nicht allen Bürgern immer wieder ein „X“ für ein „U“ vormachen“.

Nehmen wir dazu doch als noch recht aktuelles Beispiel die Pressemitteilungen vom 21. Juni, 21. September und 2. Oktober 2018. Dort wird über die Öffnungszeiten der städtischen Service-Büros berichtet, welche in letzter Zeit in Neviges, sowie in Langenberg auf ein Minimum reduziert wurden, die inzwischen aber wieder verlängert worden seien. Dem gingen allerdings Forderung einiger Ratsfraktionen – auch der UVB – voraus, wieder längere Öffnungszeiten für die Servicebüros durch die Stadtverwaltung anzubieten.

Dem wurde jedoch so entsprochen, als dass diese jetzt jeweils in beiden kleineren Ortsteilen an einem weiteren Tag geöffnet werden, nur die Besetzung der Büros wird von vormals je zwei auf je eine Person reduziert.

Um das Ganze noch zu steigern greift man zusätzlich in die bürokratische Trickkiste und lässt Termine, um in die Servicebüros gehen zu können, nur noch mittels „modernem Zeitmanagement“, also nach vorherigen Terminvereinbarungen zu. Wodurch der Bürger einerseits immer mehr zum Bittsteller degradiert wird und andererseits soll dem Bürger im wahrsten Sinne des Wortes aber ein „X“ für ein „U“ vorgemacht werden. Man verlängert einerseits die Bürozeiten, aber kürzt andererseits die Anzahl des Personals und kaschiert das Ganze mit einer modernen Zugangssperre.

Nur ein Beispiel

Um zu verdeutlichen, was neuerdings passiert, nehmen wir dazu allein den Fall, dem jeder Bürger immer wieder einmal unterworfen ist, der Verlängerung seines Personalausweises. Ein Pflichtdokument, welches jeder Bürger unseres Staates beantragen muss und der dafür auch noch geradestehen muss, dass dessen Gültigkeit stets gewährt ist.

Der Bürger wird also laut Gesetz verantwortlich gemacht und muss um einen Antrag auf Erneuerung des Ausweises zu stellen zum Bittsteller gegenüber seiner Stadtverwaltung werden und das sogar in mehrfacher Hinsicht.

Zunächst muss er als Bittsteller einen Termin beantragen, damit er als Bittsteller – also Antragsteller für einen neuen Personalausweis gegenüber seiner Stadtverwaltung vorstellig werden kann. Das Ganze wiederholt sich, wenn dem Bürger mitgeteilt wird, dass der neue Ausweis im Servicebüro abgeholt werden kann. Bitte um einen Termin und Bitte um die Aushändigung des Ausweises. Alles summiert sich so zur vierfachen Bittstellung.

Da wäre doch einmal eine Gegenüberstellung zwischen Stadtverwaltung und privater Wirtschaft ganz interessant, indem man sich vorstellt, wie es wäre, wenn man beim Discounter seines Vertrauens auch nur Einlass begehren könnte nach vorheriger Beantragung eines Termins zum Einkaufen. Im Gegenteil, die Discounter drängen stattdessen auf längere Öffnungszeiten, werden jedoch durch die Politik (in gewisser Weise sicher sinnvoll) ausgebremst, um ihre Öffnungszeiten nicht über Gebühr auszudehnen. Darüber hinaus sind diese privaten Wirtschaftsbetriebe aber in der Lage, ihre Kassenterminals entsprechend des Kundenandrangs flexibel zu besetzen. Was abgewandelt für die Velberter Stadtverwaltung für ihre Service-Terminals unmöglich erscheint.

Dass der Bürger für das Nachweisdokument mit bis zu 40,- Euro (Gebühr plus Passbild) noch zur Kasse gebeten wird, ist eine andere Sache, welche die Stadtverwaltung nicht zu verantworten hat. Auch hier stelle man sich einmal diese Situation in der privaten Wirtschaft vor, die ihr Personal zur Kasse bitten würde, sofern sie für die Zugangsberechtigten in ihrem Unternehmen nur einen kostenpflichtigen Personalausweis ausgeben würde. Wer würde dort wohl gerne arbeiten wollen?

Bezüglich dem Vorgehen der Stadtverwaltung könnte man nur entgegenen: „Und wieder wird dem Bürger ein Stück Freiheit genommen“. Die Freiheit der Selbstbestimmung, das städtische Servicebüro dann aufzusuchen, wenn es dem Bürger selbst genehm ist, statt dem Zeitpunkt zu gehorchen, wann es der Verwaltung angenehm ist, den Bürger zu empfangen.

Fazit

Oben wurde nur ein Beispiel angeführt, um die unbefriedigende aktuelle Situation zu beschreiben, unzählige andere Beispiele könnten folgen.

Modernes Zeitmanagement in den städtischen Servicebüros kann man eigentlich nicht ganz ablehnen, wenn es denn nur alternativ angeboten wird und dem Bürger seine Entscheidungsfreiheit dieses Angebot auch nicht zu nutzen ehrlich belassen würde.

Was aber gar nicht geht, ist, den Bürgern in Neviges und Langenberg ein „X“ für ein „U“ vorzumachen, indem man mehr Servicezeiten in den dortigen Servicebüros verspricht, die in Wirklichkeit keine sind oder dass früher dort angebotene Dienstleistungen erst abgebaut werden, um anschließend ein nicht ausgelastet sein als Begründung für die Reduzierung der Öffnungszeiten anzuführen. Das sind Unmöglichkeiten, besonders für alte Menschen, denen dadurch lange Wege zur zentralen Verwaltung abverlangt werden.

Überhaupt sollte der Bürger, als eigentlicher Souverän, nicht immer mehr zum Bittsteller gemacht werden und auf immer mehr Freiheiten verzichten müssen.

Die Wählergemeinschaft „Unabhängige Velberter Bürger – UVB“ wird nicht ruhen, um bei der Stadtverwaltung anzumahnen, Bürgerwünschen wieder mehr Gehör zu geben.

Velbert im Oktober 2018

Dietger Döhle

Europäische Union – in manchen Dingen Fluch oder Segen?

Die halbjährliche Zeitumstellung die uns für 2019 zugesagt wurde, wird nun doch nicht im kommenden Frühjahr abgeschafft. Für die Idee gibt es nicht die notwendige Unterstützung der EU-Mitgliedsstaaten.

Wir fragen uns, wo liegt das Problem? Die EU-Staaten hielten den Zeitplan für zu schnell, sie bräuchten mehr Zeit für eine Entscheidung und die Abstimmung untereinander. Liegt es vielleicht daran, dass sie nicht alle vorher gefragt wurden?

Für Kommissionspräsident Juncker muss das wie eine Ohrfeige sein, denn er wollte damit zeigen, dass die Brüsseler Behörde auf Bürgeranliegen eingeht. Was ja auch wirklich eine gute Idee gewesen wäre, denn bei einer Online-Befragung hatte sich eine deutliche Mehrheit für eine Änderung der Zeitumstellung ausgesprochen.

Also meiner Meinung nach, mal wieder am Bürgerwillen vorbei.

Dirk aus dem Siepen

Fraktionsvorsitzender UVB Velbert

Velbert, 01.12.2018

Wäre das auch etwas für uns?

Im Moment stellt Dänemark sein Gesundheitswesen komplett auf den Kopf. Statt viele Krankenhäuser gibt es in Zukunft nur noch wenige große Krankenhäuser. Das Konzept, welches dahintersteht, lautet: Nicht die Patienten warten im Krankenhaus auf ihre Behandlung, sondern die Krankenschwester wartet an der Haustür darauf, dass sie geöffnet wird.

Nur wer schwer krank ist, soll künftig im Krankenhaus behandelt werden. Alle anderen sollen dann zu Hause betreut werden. Damit soll die Versorgung der alternden Bevölkerung effizient und finanzierbar gemacht werden und man kann gleichzeitig den Patienten entgegenkommen. So viele Patienten wie möglich sollen zu Hause versorgt werden, statt im Krankenhaus liegen zu müssen.

Studien in Dänemark zeigen, dass Menschen besser genesen, wenn sie im vertrauten Umfeld sind. Ihre Behandlung kostet sehr viel weniger, wenn sie kein Krankenhausbett belegen und die Betten bleiben für dringendere Fälle frei.

Auch hier wird ein Umbau der Krankenhauslandschaft notwendig, der die Versorgung der alternden Bevölkerung sichert und finanzierbar macht.

In Deutschland gibt es rund 1950 Krankenhäuser. Wissenschaftler kamen schon vor zwei Jahren zu dem Schluss, dass wir auf einen Großteil der Krankenhäuser verzichten könnten, wenn es dafür wenige hundert Klinikzentren gäbe. Weniger Klinikbetten bedeutet auch, weniger Belegungszeit. Meiner Meinung nach, gibt es auch keine bessere Versorgung als in den eigenen vier Wänden.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 02.12.2018

Wie lange will man uns noch hinhalten?

Obwohl die Bundesregierung fast eine Milliarde Euro mehr für den Kampf gegen Luftverschmutzung und Diesel-Fahrverbote bereitstellt, hat man den Eindruck, alles für die Katz. Laufend neue Sofortprogramme – die wievielsten eigentlich – und was ändert sich? Nichts!

Die Autoindustrie bleibt weiter untätig – die Umrüstung älterer Diesel ist zwar immer im Gespräch, aber leider nur da. Man hat den Eindruck, dass unser Bundesverkehrsministerium mehr autoindustriefreundlich, als verbraucherfreundlich ist. Unser Bundesverkehrsminister klingt wie ein Sprecher der Autoindustrie. Man hört nichts mehr von schnellen Genehmigungsverfahren, für die Nachrüstung der älteren Dieselmotore, noch von Kostenübernahme durch die Verursacher und Trickser, die Autoindustrie.

Manchmal wünschte ich mir hier in Deutschland eine ähnliche Reaktion wie in Frankreich, wo die Menschen auf die Straße gehen und ihren Unmut kundtun, wobei ich mich aber eindeutig vom gewaltsamen Protest distanzieren möchte.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 04.12.2018

Sind wir noch zu retten?

Ich kann nur noch staunen, der niedersächsische Innenminister (SPD) plädiert für die [Einführung eines Punktesystems für kriminelle Asylsuchende und Flüchtlinge](#). An sich keine schlechte Idee, aber was heißt es, das Konzept sollte sorgen dafür, zu differenzieren zwischen denjenigen, die hier bei uns, wenige oder unbedeutende Straftaten begehen und denjenigen, die wirklich gefährlich sind?

Einen Punkt gibt es für Straftaten, für die keine Freiheitsstrafe vorgesehen ist, wie einfacher Diebstahl. Zehn Punkte gibt es, wenn ein Asylbewerber oder Flüchtling mit mindestens einem Jahr Haft bestraft wird. Bei einer lebenslangen Freiheitsstrafe, etwa nach Mord, sind 70 Punkte vorgesehen.

Sobald bei einem Straftäter insgesamt 60 Punkte zusammen gekommen sind, soll der Täter Deutschland verlassen müssen. Also 60 Mal stehlen oder 6 Mal Haft und dann droht die Ausreise.

Ich frage mich manchmal, ob die Politik uns Normalbürger überhaupt noch ernst nimmt. Ich finde das kann nicht normal sein.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 06.12.2018

Wann wird der Solidaritätszuschlag endlich abgeschafft?

Der Solidaritätszuschlag wurde erstmalig 1991/1992 erhoben. Seit 1995 müssen Bürger und Unternehmen den Zuschlag dauerhaft zahlen. Nach 30 Jahren Mauerfall sollte langsam Schluss damit sein. Die Politik hat versprochen, den Soli abzuschaffen und jetzt muss mal langsam was passieren.

Es ist in der Zeit von Rekordsteuereinnahmen nicht zu verstehen, warum diese Sonderabgabe noch besteht. Man kann doch niemanden erklären, warum man diese Sondersteuer zahlen soll, wobei deren Zweck längst erfüllt ist. Komisch ist auch, dass der Soli hohe Einnahmen für den Bund erbringt, aber die Ausgaben für den Solidarpakt Ost letztlich laufend sinken.

Es ist schon interessant zu wissen, dass die Einnahmen aus Tabaksteuer, Alkoholsteuer und Kaffeesteuer 2018 geringer als die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag ausfallen. So kann man verstehen, warum unsere Regierung den Soli gerne beibehalten würde. Es gibt dafür aber keine rechtliche Verpflichtung.

In der Politik wird der Soli häufig in einem Satz mit dem Solidarpakt genannt. Als Solidarpakt wird die Einigung zwischen Bund und Ländern verstanden, den ostdeutschen Bundesländern bis 2019 Finanzmittel zukommen zu lassen. Also wenn der Solidarpakt 2019 ausläuft, muss dann auch zwingend der Soli fallen.

Ich finde wir haben genug bezahlt und wenn die Regierung trotzdem glaubt, sie kann auf diese fetten Steuereinnahmen überhaupt nicht verzichten, dann bitte auch schnellstens den westdeutschen Bundesländern etwas davon zukommen lassen.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 08.12.2018

Was will die Deutsche Bahn AG uns denn noch alles zumuten?

Erst erhöht man uns diese Woche die Ticketpreise, so dass sich jeder Bahnkunde fragt, warum? Dann wird zur Abwechslung mal wieder gestreikt.

Aber zuerst zur Preiserhöhung. Nie war die Deutsche Bahn AG so unpünktlich wie in diesem Jahr. Züge mussten auf der Strecke stehen bleiben, weil die Klimaanlage ausgefallen war – mal war es eine defekte Weiche, mal ein defektes Rad, ICE sind teilweise gar nicht fahrbereit. Was ist denn da los? Was wollt ihr uns denn noch zumuten?

Jetzt zum Streik. Ob die Bahnbeschäftigten gerecht bezahlt werden, kann ich nicht beurteilen. Aber das Verhalten der Gewerkschaft EVG, gibt mir schon zu denken. Man fordert wohl 7 Prozent, schlägt dafür ein Angebot von insgesamt 5,1 Prozent in zwei Stufen und eine Einmalzahlung von 500 Euro aus. Jetzt lässt man die Muskeln spielen, zehntausende Pendler, die täglich die Bahn nutzen, kamen zu spät oder gar nicht zur Arbeit. Aber wie geht es jetzt üblicherweise weiter? Es gibt ein neues Gespräch und man einigt sich dann auf 6 Prozent. So spielt es doch fast immer ab.

Ist es das wert? Man stelle sich vor, die Bahn wäre ein Privatunternehmen und die Kunden würden mal einen Tag überhaupt nicht mit der Bahn fahren, was wäre denn dann?

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 11.12.2018

Geht´s noch?

Nachdem Verkehrsminister Scheuer endlich technische Vorschriften für Hardware-Nachrüstungen für ältere Dieselaautos vorgelegt hat, schießt VW quer. Geht´s noch? VW warnt vor höherem Verbrauch und vor negativen Folgen bei der Zuverlässigkeit und rät von Hardware-Nachrüstungen ab.

Erst verschaukelt man uns mit falschen Abgaswerten. Dann bietet man zwar ein kostenloses Update an, wobei bei meinem Diesel der Verbrauch allerdings sofort auch um 1 Liter anstieg. Dann wird festgestellt, dass diese Lösung auch nichts taugte und der Autofahrer wird wieder im Regen stehen gelassen. Jetzt gibt es wohl Hersteller, die mit einer Nachrüstung endlich die Grenzwerte einzuhalten glauben und was geschieht? VW warnt vor Einbau solcher Nachrüstung und will sich auch an den Kosten nicht beteiligen.

Liebe VW Autobauer, wenn ihr mir jemals noch ein Auto von euren Marken verkaufen wollt, lasst euch schleunigst etwas einfallen, sonst stellen auf einmal viele Autobesitzer fest, dass Hersteller aus anderen Ländern auch gute und saubere Autos bauen können.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB
Velbert, 29.12.2018

8 Medizin-Irrtümer mit denen Sie in 2019 aufräumen können!

- Ein Schnaps nach dem Essen regt den Magen an
Leider ist es anders: Alkohol hemmt die Verdauung. Alkohol lenkt die Leber vom Verdauen der Speisen ab und behindert die Magenentleerung.
- Bei Durchfall Cola und Salzstangen
Bei Durchfall verliert der Körper Flüssigkeit und Nährstoffe, die schnell wieder aufgefüllt werden müssen. Das Koffein in der Cola kann den Durchfall aber noch verstärken. Auch die Salzstangen bringen nichts, deshalb besser Tee und Zwieback.
- Schokolade ist schädlich
Schokolade hat auch gute Seiten: Besonders die dunklen Sorten enthalten Polyphenole, die entzündungshemmend wirken. Aber bitte nur in Maßen genießen.
- Mehrere Liter Kaffee trocknen den Körper aus
Nein, Kaffee entzieht dem Körper kein Wasser. Koffein wirkt allerdings harntreibend. Wer viel Kaffee trinkt, muss also öfter auf die Toilette. Das bedeutet aber nicht, dass er dabei mehr Flüssigkeit verliert, als er mit dem Kaffee getrunken hat.
- Zitrusfrüchte sind am Vitamin-C- reichsten
Leider falsch. Nicht Orangen, Pampelmusen und Zitronen haben den höchsten Vitamin-C-Gehalt, sondern schwarze Johannisbeeren, Kiwis und Erdbeeren.
- Wunden heilen am besten an der Luft
Falsch, Wunden heilen am besten wenn sie feucht bleiben. Die Austrocknung der Wunde an der Luft behindert durch den sich bildenden Schorf die Wundheilung, deshalb ist die moderne Behandlung von Wunden feucht.
- Lesen bei schlechtem Licht, schadet den Augen
Dieser Mythos ist falsch. Lesen unter der Bettdecke ist damit für Kinder nicht so schädlich, wie man es häufig von besorgten Eltern hört. Aber bei schlechtem Licht, können Fehlsichtigkeiten stärker auffallen als bei normalem Licht.
- Der Mensch nutzt nur einen Bruchteil seines Gehirns
Obwohl ich diese Aussage schon häufig unterschrieben hätte – wobei es mal heißt 10 Prozent, dann heißt es 25 Prozent der Hirnkapazität würden genutzt – ist diese Aussage falsch. Tatsächlich nutzt der Mensch wirklich alle Bereiche seines Gehirns.
Untersuchungen haben gezeigt, dass es keine völlig inaktiven Teile gibt. Wie man sich doch täuschen kann.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB
Velbert, 29.12.2018